



Kurdistan

Statement bei der Begegnung mit Minister Falah Mustafa Bakir, Head of the Kurdistan Regional Government (KRG)

18. Februar 2017, Department of Foreign Relations, Erbil / Irak

Exzellenz, sehr geehrter Herr Minister!

meine Delegation und ich sind sehr beeindruckt von der Begegnung mit Patriarch Mar Louis Raphael Sako, mit den anderen Bischöfen und vor allem auch mit den Flüchtlingen, die vor den Daesh-Terroristen hier in Kurdistan Zuflucht gefunden haben. Etliche von uns sind nicht das erste Mal hier in Erbil. Wir sind immer wieder beeindruckt, dass hier in der Hauptstadt der kurdischen Region den vertriebenen Christen Aufnahme gewährt wurde. Die Bemühungen um den Aufbau eines modernen, demokratischen und pluralistischen Staatswesens in der autonomen kurdischen Region des Irak begleiten wir mit großer Sympathie und Anteilnahme. Wir freuen uns, dass eine Voraussetzung für ein modernes Staatswesen – das Prinzip der staatsbürgerlichen Gleichstellung aller Bewohner ohne Unterscheidung nach Religionsbekenntnis, Sprache oder Nation – hier prinzipiell nicht in Frage gestellt wird.

Nach der Eroberung der Stadt Mosul und der Ninive-Ebene durch die Daesh-Terroristen sind zehntausende Christen hierher nach Erbil und in andere Städte der kurdischen Region geflüchtet. Die Kirchen haben bei der Aufnahme und Versorgung dieser Flüchtlinge eine Leistung vollbracht, vor der wir uns in Ehrfurcht neigen. Vom chaldäischen Erzbischof dieser Stadt, Bashar Warda, haben wir gehört, dass damals im Jahr 2014 an einem einzigen Tag innerhalb von zwei Stunden 750 Familien in seinem Bischofshaus angekommen sind. In den folgenden Wochen musste die Erzdiözese Erbil 26 Lager für Flüchtlinge errichten. Priester, Ordensschwestern und insbesondere junge Menschen engagierten sich. Innerhalb von zwei Monaten konnte eine Datenbank erstellt werden, sodass wir nach kurzer Zeit wussten, wer bei uns ist, berichtete Erzbischof Warda. Viele Christen in Europa, auch in Österreich, haben die Bemühungen der Ortskirche in Erbil um die Aufnahme der Flüchtlinge tatkräftig unterstützt. Ich nenne hier nur die „Initiative Christlicher Orient“ (ICO), deren Vorsitzender, Generaldechant Dadas, hier unter uns ist, das Hilfswerk „Kirche in Not“, die österreichische Sektion von „Christian Solidarity International“ und andere. In der Sensibilisierung der öffentlichen Meinung und der Politik für die Not der christlichen Flüchtlinge hat auch die Stiftung „Pro Oriente“, deren Präsident Marte ebenfalls unter uns ist, eine wichtige Rolle gespielt.

Der Initiative von Dr. Marte ist es auch zu danken, dass die Kardinal-König-Stiftung dem chaldäischen Patriarchen ihren Kardinal-König-Solidaritätspreis verliehen hat. Die Stiftung tat das im Hinblick auf die außerordentlichen Verdienste des Patriarchen im Einsatz für die Rechte und die Lebenschancen der orientalischen Christen. Dieser Einsatz entspricht ganz den Intentionen des Namensgebers der Stiftung, Kardinal Franz König, der viele Jahrzehnte hindurch unermüdlich für die Rechte der orientalischen Christen eingetreten ist. Seine Vision ist auch die unsere: Ein Naher Osten, in dem Christen, Muslime und Bekenner anderer, teils auf die altiranische Tradition zurückgehender Religionsgemeinschaften in voller Gleichberechtigung miteinander moderne Staatswesen aufbauen. Seine Hoffnung dabei war, dass die außerordentliche kulturelle Tradition dieses Weltteils, in dem zum ersten Mal überhaupt menschliche Kultur entstanden ist, eine neue Blüte ermöglicht.

Auch dank des militärischen und politischen Einsatzes der kurdischen Region war es in den letzten Monaten möglich, die Daesh-Terroristen aus der Ninive-Ebene und aus den östlichen

Stadtteilen von Mosul zu vertreiben, der Kampf um die Befreiung des Westteils ist noch im Gang. Viele der vertriebenen Christen denken an die Rückkehr in ihre Heimstätten. Aber wie soll das geschehen? Diese Frage treibt viele um, hier in Kurdistan, aber auch bei uns.

Ich möchte den Nahost-Experten des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“, P. Andrzej Halemba, zitieren. Nach einem Besuch in der Ninive-Ebene sagte er, es müssten dringende Fragen geklärt werden: die Problematik der illegalen Aneignung von verlassenen Häusern, eine Untersuchung des möglichen Einsatzes chemischer Waffen bei der Zerstörung christlicher Häuser und die anhaltende Furcht der Christen vor mangelnder Sicherheit, vor der Gewalt isolierter Kämpfer und islamistischer Fundamentalisten, die nicht wollen, dass die Christen zurückkehren.

P. Halemba ruft die internationale Gemeinschaft zu „einem neuen Marshall-Plan“ auf. Unter Bezugnahme auf das europäische Wiederaufbauprogramm, das 1948 nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA zur Unterstützung der wirtschaftlichen Stabilität vieler europäischer Staaten initiiert wurde, meint der „Kirche in Not“-Experte: „Um die Situation richtig einschätzen zu können, ist einer der wichtigsten Schritte eine erste Beurteilung des Ausmaßes der Zerstörung. ‚Kirche in Not‘ unterstützt lokale christliche Gruppen, damit eine professionelle Beurteilung vorgenommen werden kann. Tausende Dossiers mit Fotos, Beschreibungen der Zerstörung und einer Aufstellung der geschätzten Kosten für den Wiederaufbau werden zusammengestellt. Mit Hilfe von Satellitenbildern identifiziert das Team jedes Haus in jedem Dorf in der befreiten Ninive-Ebene. Die Häuser, von denen wir sprechen, gehören Mitgliedern der syrisch-katholischen Kirche, der syrisch-orthodoxen Kirche und der chaldäisch-katholischen Kirche.

Der nächste geplante Schritt ist eine Fortsetzung der Umfrage vom November 2016, um herauszufinden, wie es um die Absicht von in Erbil untergebrachten christlichen Flüchtlingsfamilien steht, in ihre Heimat zurückzukehren. Auf der Grundlage dieser beiden Dokumente – der Beurteilung der Zerstörung und der Umfrage zur Rückkehrabsicht – will „Kirche in Not“ eine Art Marshall-Plan initiieren, der eine Rückkehr der Vertriebenen erleichtern soll. P. Halemba sieht mehrere Schritte: „Es muss einen konsolidierten Bericht über die Zerstörung und ein Programm zur Beschaffung von Geldmitteln für den Wiederaufbau der Dörfer geben. ‚Kirche in Not‘ wird selbstverständlich den Wiederaufbau fördern, wir müssen dabei jedoch mit anderen Wohltätigkeitsorganisationen zusammenarbeiten. Alleine ist das nicht zu schaffen“. Es müssten aber auch die rechtlichen und politischen Fragen geklärt werden. Dazu gehöre beispielsweise die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Christen im Irak und die Beteiligung der irakischen Regierung am Wiederaufbau. Die Regierung sei für die Schaffung von Strukturen und Arbeitsplätzen verantwortlich, sie müsse aber auch dafür sorgen, dass die Sicherheit der Christen in ihren Dörfern gewährleistet ist. Das sei von „entscheidender Bedeutung“ angesichts der schrecklichen Erfahrungen, mit denen die Christen in der jüngsten Vergangenheit konfrontiert waren. Auch auf internationaler Ebene sollte auf diesen Marshall-Plan für die Ninive-Ebene aufmerksam gemacht und für entsprechende Hilfsprogramme gesorgt werden.

Es wäre überlegenswert, ob nicht einzelne Organisationen oder auch Staaten die Verantwortung für den Wiederaufbau jeweils eines Dorfes oder Stadtteils übernehmen könnten. In diesem Sinn möchte ich die Verleihung des Kardinal-König-Solidaritätspreises an den chaldäischen Patriarchen als „Initialzündung“ auch für ein österreichisches Solidaritätsprojekt zu Gunsten eines Dorfes in der Ninive-Ebene ansehen. Wir werden uns jedenfalls nach der Heimkehr bemühen, im Kontakt mit kirchlichen, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Stellen bemühen, ein solches Projekt in Gang zu bringen.

+ Manfred Scheuer
Bischof von Linz